

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher: Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachrichten: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. April 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.
Wochensatzpreis für Monats April 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnnummer 10 Pfennig
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Obergänge 10 Pf., Ausm. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 33/34
Druck u. Verlag von Krosch & Reichardt in Dresden
Vollständ. Rente 1058 Dresden

Nachdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Zuschriften werden nicht aufbewahrt.

„Die Sozialdemokratie ist entbehrlich!“

Eine geharnischte Abrechnung Stegerwalds mit den Sozialisten im Reichstage.

Klage Amerikas gegen das deutsche und französische Kalihyndikat. — Ein Schrift Rumäniens in Rom wegen des Ungarnvertrages.

Das Arbeitszeitgesetz in dritter Lesung angenommen.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. April. Die Kommunisten haben im Reichstage eine Interpellation wegen der Vorgänge in Peking eingebracht. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Arbeitszeitgesetzes. — Abg. Graßmann (Soz.) legt noch einmal die Gründe für die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Fraktion dar. Die Beschlüsse der Regierungsparteien trügen das Kennzeichen des Kompromisses an der Stirn. Man sei dem Problem gar nicht ernstlich zu Leibe gegangen. Eine behördliche Erlaubnis zur Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit werde nur in den seltensten Fällen erteilt werden. Nach einer Eingabe des Fleischer-Gesellenverbandes sei eine 75-kündige Arbeitszeit in der Woche keine Ausnahme. Im Bäderereigewerbe sei es besser geworden, weil die Nacharbeit abgelehnt sei. Die Regierungsparteien wehrten sich gegen jeden sozialen Fortschritt. Die Industrie sei das Beispiel der Landwirtschaft nach. Immer stelle sie sich so, als ob sie die Lasten nicht tragen könne. Mit den sozialdemokratischen Vorschlägen hätte man die Arbeitslosigkeit bekämpfen können.

Abgeordneter Dr. Stegerwald (3.)

wendet sich gegen die immer wiederholte Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Forderungen aller Gewerkschaften vertritt. Das Verhandlungsergebnis sei von allen Seiten nur als Nichtlinie angesehen worden, die nicht plötzlich und rechts im Reichstage durchgeholt werden könnte. Durch solches Auftreten könne man die Arbeitszeitfrage nicht lösen. Wenn Ihre (zu den Soz.) Position im Lande ein Tänzchen machen will, wie sind bereit! (Beifall im Zentrum, Unruhe links.) Zwischen christlichen und kommunistisch gerichteten Gewerkschaften einseitig, werden Sie (zu den Soz.) auf die Dauer nicht leben können. (Lachen bei den Soz.)

In Preußen hängt Ihre Mitwirkung im Staat nicht von Ihnen, sondern vom Zentrum ab. (Große Unruhe links.) Im Reich regieren wir sehr gut ohne Sie. (Beifall im Zentrum.) Die Sozialdemokratie ist entbehrlich!

Ihre Politik ist immer falsch orientiert. Sie hat auch mit der welthistorischen Stunde der Revolution nicht anfangen gewagt. Ebenso war der Sozialismus im Dezember 1926 bestimmt sein Reichstags der Sozialdemokratie. Der direkte Weg zur Arbeitszeitverkürzung, den Sie (zu den Soz.) eingeschlagen haben, führt nicht zum Ziel. Auf meine Ausführungen, in der Großen Koalition wäre auch nicht mehr zu erreichen gewesen, rief mir neulich Herr Söllmann zu: „Dazum sind wir ja nicht in die Große Koalition gegangen!“ (Lacht, hört, rechts und im Zentrum.) Wenn man selbst wußte, daß nicht mehr zu erreichen war, dann darf man den christlichen Gewerkschaften daraus keinen Vorwurf machen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Decker (Komm.) erklärt, jetzt bekämen die Sozialdemokraten den Dank des Herrn Stegerwald dafür, daß sie in der Konvention mit den christlichen und demokratischen den Achtstundentag verraten hätten. — Abg. Eißler (Nat. Soz.) bekennt sich zum uneingeschränkten Achtstundentag, stimmt aber dem Roten Gesetz zu, weil es für die Arbeitnehmer erhebliche Vorteile bringe.

Abg. Graßmann (Soz.) erwiderte dem Abg. Stegerwald, daß er seine Bemerkungen über die Preußenkoalition nicht als Drohung aufgefaßt habe. Wir sind, so erklärte der Redner zum Zentrum gewendet, nicht um Ihrer schönen Augen willen in der Preußenkoalition, deren Bestand übrigens nicht nur von Ihnen abhängt. Herr André und Herr Stegerwald hätten sich lieber nicht zu Fürsprechern ihrer Partei für dieses Gesetz machen sollen. Das hätten sie besser anderen überlassen sollen. Auch in den Reihen der

christlichen Gewerkschaften ist die Beunruhigung groß. Die Haltung des Zentrums ist bedauerlich, da gerade im jetzigen Augenblick die Arbeiterschaft aufzukommen sollte.

Abg. Rimberg (Soz.) beschwert sich über den Arbeiterverrat des Zentrums. Die Schwäche der Gewerkschaften sei eine Folge der Dummheit und Bosheit der Kommunisten. Die Bergmannsarbeit unter Tage sei eine Hölle, in der es heiß trade. Es könnte aber eine Explosion geben, die für die deutsche Wirtschaft von den schlimmsten Folgen sein würde. — Abg. Kieseberg (D. N.) findet den Widerstand der Linken unverständlich, da ja den Unternehmern neue Lasten aufgebürdet werden. Das Bäderereigewerbe wolle endlich einmal herauskommen aus der Zuchtensporlage, die die Sozialdemokratie im Januar 1919 geschaffen habe. Der Redner empfahl die Ausdehnung der Arbeitszeit, die einen Gegenentwurf fordert zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bädereien und Konditorien in dem Sinne, daß die zugelassene wöchentliche Arbeitszeit eine freiere Verteilung auf die einzelnen Wochentage erfährt.

Abg. Dr. Stegerwald (Zentr.) erwiderte auf die Angriffe der Linken, er billige die politische Entwicklung, die das Ausschneiden der Sozialdemokraten mit sich gebracht habe. Er wolle keine Rückwärtsentwicklung, namentlich keine sozialpolitische. Er habe das Zustandekommen der Rechtskoalition sogar abhängig gemacht von der Beseitigung der Ueberstundenmängel, die dieses Gesetz nun auch tatsächlich bringt.

Damit schloß die Aussprache. In der Schlussabstimmung wurde das Arbeitszeit-Gesetz mit 195:184 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und die Wirtschaftliche Vereinigung. Das Gesetz tritt am 1. Mai in Kraft. — Angenommen wird die Entschließung bezüglich der Bäderereigewerbe und eine weitere Entschließung, die Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit fordert.

Vizepräsident Effer teilte mit, daß die Reichsregierung bereit sei, die kommunistische Interpellation über die Vorgänge in Peking zu beantworten. — Abg. Stoeker (Komm.) begründet dann die Interpellation und forderte zum Protest gegen das Eindringen chinesischer Truppen in die russische Posaika in Peking. — Der Dirigent der Chinesischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Dr. Franke, erwiderte, daß aus den neuesten telegraphischen Berichten anderer Behörden in Peking hervorgeht, daß er von dem Vorgehen der chinesischen Polizei vorher nicht Kenntnis hatte, sondern dadurch vollkommen überrascht worden sei. In einer erscheinenden rechtlichen Beurteilung des Vorgehens der chinesischen Polizei schloß er dem Auswärtigen Amt im Augenblick noch an tatsächlichen Unterlagen. Auf alle Fälle muß beachtet werden, daß Deutschland in dem Berliner Vertrag auf die Rechte aus dem sogenannten Peking-Protokoll habe verzichten müssen. Ich möchte schließlich besonders davor warnen, einzelne ausländische Regierungen wegen dieser Ereignisse anzuklagen. (Lacht, hört!) bei den Kommunisten und Rufe: Unerbittlich, deren Zustand noch nicht einmal ganz feststeht. Damit ist die Angelegenheit erledigt. Das Haus vertagt sich bis zum 10. Mal.

Vizepräsident Effer wies darauf hin, daß eine arbeitsreiche Tagung ihren Abschluß gefunden habe. Diese Fülle der Arbeiten ist auf die Gemütsverfassung mancher Abgeordneter nicht ohne Einwirkung geblieben. (Lebhafter Beifall.) Der Vizepräsident stellt mit Befriedigung fest, daß der Haushaltplan wenn auch nicht zum verfassungsmäßigen Termin, so doch nur mit kurzer Verspätung erledigt werden konnte. Er dankte besonders dem Haushaltsausschuß. Der Präsident schloß, indem er den Abgeordneten ein frohes Osterfest wünschte. — Abg. Müller-Brantke (Soz.) sprach dem Vizepräsidenten den Dank des Hauses für die Leitung der Geschäfte aus. (Beifall.)

Die sozialistische Mißwirtschaft in Oesterreich.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Wien, Ende März. Der österreichische Marxismus kämpft nicht um eine Idee, nicht um eine neue Produktionsform, sondern gegen den Besitz. Dieser Kampf, der sich in der Errichtung verschiedener „Gemeinwirtschaftlicher Anstalten“ konkretisiert, ist reiflos verloren; die sozialistischsten Betriebe kosteten dem Staate ein Heidengeld und sind alle jämmerlich zusammengeknallt. Aber man führt den Kampf weiter gegen den städtischen Realbesitz durch Beibehaltung des „Mieterchuzes“, so daß in Oesterreich heute der Hausbesitz vollkommen enteignet ist. Die „Hausrentenrente“ beträgt den 30.000. Teil der Friedensparität; dem zusehends verarmenden Hausbesitz werden von der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung die Häuser um lächerliche Beträge abgepreßt. Das Siedlungswesen wird vom „Autro-Marxismus“ grundsätzlich bekämpft, da es vermieden werden muß, daß die Arbeiter Eigentümer von Familienhäusern werden; der Eigentumsinstinkt muß unterdrückt werden; dafür baut die Gemeinde Wien Zinspalästen mit 600 bis 800 Wohnungen, um dadurch die Mieter paritätisch fest in der Hand zu behalten. Im übrigen sorgt die kommunale Steuerpolitik für die Unterminierung von Handel, Gewerbe und Industrie. Die aus der österreichischen Volkswirtschaft herausgepreßten Steuergelder werden nur zum Teil wieder volkswirtschaftlich in Umlauf gesetzt; zum Teil werden sie zur Bildung von Kapital verwendet, das andrängend angelegt wird. Die Gemeinde Wien hat auf diese Art im Jahre 1926 nicht weniger als 27 Millionen Schilling an Kapitalzinsen eingenommen. Dieses aus Steuergeldern gebildete Kapital wird zu Zinszinsen ausgeliehen, die um einige Prozent höher sind, als der offizielle Bankzinsfuß. Die Folge davon sind natürlich das katastrophale Zusammenbrechen der österreichischen Privatbetriebe und fortgesetzte Arbeiterentlassungen, so daß heute in Wien die Zahl der Arbeitslosen über 150.000 beträgt, davon 103.000 unterrichtete Arbeitslose. Obwohl sogar die Arbeiterkammern bei einzelnen Industriezweigen für einen erhöhten Zollschutz eintreten, werden die Zollvorlagen grundsätzlich bekämpft; der Aufstieg des Arbeiters zum Kleinbürger soll vermieden werden, die Vermehrung arbeitsloser Proletariats ist für die Partei wichtiger; die Agrarzölle werden bekämpft, um dadurch den konservativ orientierten Bauernstand zu treffen.

In kultureller Beziehung richtet sich die Tendenz des österreichischen Marxismus gegen Tradition und Autorität; also Kampf gegen die Kirche und Religion, parteimäßige Umformung der Schule. Diese soll proletarisiert werden; kann die Jugend des Proletariats nicht aufsteigen, so soll auch die Jugend des Bürgertums herabgezogen werden. Darin liegt die Quintessenz der österreichischen „Schulreform“. Und die Ergebnisse dieser Art von Erziehung und Bildung? Von den 9112 Knaben, die im Jahre 1925/26 mit 14 Jahren schulmündig wurden und aus der Schule austraten, waren im Laufe der Schulzeit 4322 = 47 Prozent durchgefallen, das heißt, jeder zweite Wiener Schüler hat sein Bestes nicht erreicht. Bei den Mädchen ist die Sache etwas besser. Es waren 3016, also nur 42 Prozent, durchgefallen. 1567 Schüler (d. i. jedes erste Wiener Kind) behielten ihre Schulzeit in der Volksschule. Ein volles Viertel aller Wiener Kinder macht das letzte Schuljahr gar nicht zu Ende. Die Schüler Wiens haben durch sechs Jahre die Wiener Schulreform genossen. Jeder Zweite konnte den Anforderungen nicht genügen, jeder Vierte hält es nicht der Mühe wert, die Schule im letzten Jahre bis zum Ende zu besuchen. Wer in Wien keine Kinder etwas lernen lassen und verhindern will, daß sie schon im 10. Lebensjahre fernselbst aufgefährt werden, schickt sie in Privatschulen. Nebenbei geht der Kampf gegen Familie und Ehe und für die wilkürliche Unterbrechung der Schwangerschaft; mit welchem Erfolg? Auch hier bringt die offizielle Statistik ein entsetzenderes Bild. Im Jahre 1919 betrug die Zahl der Familien mit vier Kindern noch 10 Prozent, im Jahre 1926 nur noch 5 Prozent. Familien mit mehr als fünf Kindern fielen der Zahl nach von 10 Prozent auf 2 Prozent. Dagegen ist die Zahl der Familien mit einem Kinde von 81 auf 57 Prozent gestiegen. Während es in Amsterdam beispielsweise gelang, die Säuglingssterblichkeit auf 3½ Proz. herabzubringen, beträgt sie in Wien 10½ Proz. In politischer Beziehung schwankt der österreichische Marxismus — der Wiener Parteitag von 1926 gab dies deutlich genug zu erkennen — zwischen Demokratie und „Diktatur des Proletariats“. Das Mittel zur Aufrechterhaltung einer sozialistischen Minderheitsdiktatur bildet in Oesterreich der „Republikantische Schutzbund“, von dessen illegalen Waffenslagern im Wiener Arsenal in den längsten Tagen oft gemaß die Rede war. Viel deutlicher aber noch spricht das Programm, auf Grund dessen die Einheitsfront zwischen österreichischer Sozialdemokratie und Kommunisten für die bevorstehenden Wahlen gebildet werden soll: Bewaffnung der Arbeiter in den Betrieben. Umwandlung des sozialdemokratischen Schutzbundes in eine bewaffnete Behörde aller klassenbewußten Arbeiter, sofortige Aufnahme der Kommunisten in den Schutzbund, Verteidigung des Rechts

Der Strafantrag im Plauener Prozeß.

Sechs Monate Gefängnis für den Angeklagten.
Plauen, 8. April. Nach mehrstündigem Plädoyer beantragte im Prozeß gegen den Plauener Rechtsanwalt Dr. Müller der Oberstaatsanwalt Dr. Schaafsch gegen den Angeklagten Dr. Müller wegen Verleumdung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Berner beantragte er, dem Nebenkläger die Restante auszusprechen, auf Kosten des Angeklagten das Urteil im „Börsen Nachrichten“ und dem „Berliner Volksgesetz“ zu veröffentlichen.

Strafantrag Hindenburgs gegen den „Roten Stern“

Berlin, 7. April. Der Reichspräsident hat gegen die „Illustrierte Zeitschrift „Der Rote Stern“ wegen der in ihrer Aprilnummer enthaltenen Verleumdungen Strafantrag gestellt. Es war darin das Bild eines Mastaffen mit seinem Kuchenhacker zu sehen mit folgenden Beschriftungen: „Hindenburg (in Zivil) schreit am Gedenktag die Front der Ehrenkompanie ab.“ Ein weiteres Bild zeigt den Reichspräsidenten

beim Absprechen einer Kompagnie mit der Unterschrift „Mit dem ersten Preis dekorierter Hieb.“ Damit man auch nicht in Zweifel geriet, wer mit dieser Beschimpfung gemeint sei, war die Figur Hindenburg mit einem Kreuz versehen. — Der „Rote Stern“ ist die illustrierte Beilage der „Noten Wache“.

Revision im Stehener Gemeprozeß.

Stehen, 7. April. Wie von unabhängiger Seite mitgeteilt wurde, ist von der Staatsanwaltschaft und dem Verteidiger des Angeklagten v. Salomon. Rechtsanwalt Lütgebrune Revision gegen das Urteil des Stehener Schwurgerichts im Gemeprozeß eingelegt worden. (W. T. B.)

Der Ostmarkenverein zum Falle Wrisberg.

Berlin, 8. April. Der Vorstand des Deutschen Ostmarkenvereins stellt in einer Erklärung fest, daß seit dem Bestehen des Berliner Denkmals des Fürsten Bismarck der genannte Verein neben anderen Vereinen das Andenken des großen Staatsmannes durch Niederlegung eines Kranzes geübt hat und daß dabei jedesmal in der allgemeinen üblichen Weise einige Worte gesprochen worden sind. Nichts anderes habe er um sein Land zu hochverdiente Vorkämpfer des Vereins, General v. Wrisberg getan.